

Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil	26
§ 1 Ziel des Gesetzes	26
§ 2 Anwendungsbereich	26
§ 3 Begriffsbestimmungen	26
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	27
§ 5 Positive Maßnahmen	27
Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	27
Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung	27
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	27
§ 7 Benachteiligungsverbot	28
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	28
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	28
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	28
Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers	29
§ 11 Ausschreibung	29
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	29
Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten	30
§ 13 Beschwerderecht	30
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	30
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	30
§ 16 Maßregelungsverbot	30
Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften	31
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	31
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	31
Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	31
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	31
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	32
§ 21 Ansprüche	32
Abschnitt 4 – Rechtsschutz	33
§ 22 Beweislast	33
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	33
Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	33
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	33
Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Unabhängige Bundesbeauftragte oder Unabhängiger Bundesbeauftragter für Antidiskriminierung	33
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	33
§ 26 Wahl der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Anforderungen	34
§ 26a Rechtsstellung der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	34
§ 26b Amtszeit der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	34
§ 26c Beginn und Ende des Amtsverhältnisses der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Amtseid	34
§ 26d Unerlaubte Handlungen und Tätigkeiten der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	35
§ 26e Verschwiegenheitspflicht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	35
§ 26f Zeugnisverweigerungsrecht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36

§ 26g	Anspruch der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung auf Amtsbezüge, Versorgung und auf andere Leistungen.....	36
§ 26h	Verwendung der Geschenke an die Unabhängige Bundesbeauftragte oder den Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung.....	37
§ 26i	Berufsbeschränkung.....	37
§ 27	Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.....	37
§ 28	Amtsbefugnisse der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung und Pflicht zur Unterstützung durch Bundesbehörden und öffentliche Stellen des Bundes	38
§ 29	Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen.....	38
§ 30	Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	38
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften.....		39
§ 31	Unabdingbarkeit	39
§ 32	Schlussbestimmung.....	39
§ 33	Übergangsbestimmungen.....	39

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung	42
-------	-----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		44
§ 1	Zweck des Gesetzes.....	44
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	44
Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten		44
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer	44
§ 4	Ruhepausen.....	44
§ 5	Ruhezeit	44
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit	45
§ 7	Abweichende Regelungen	45
§ 8	Gefährliche Arbeiten	47
Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe.....		47
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe	47
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	47
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung.....	49
§ 12	Abweichende Regelungen	49
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung	49
Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen		50
§ 14	Außergewöhnliche Fälle.....	50
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung.....	51
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		52
§ 16	Aushang und Arbeitszeitrachweise	52
§ 17	Aufsichtsbehörde.....	52
Sechster Abschnitt – Sonderregelungen		53
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes	53
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst.....	53
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt.....	53
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt	53
§ 21a	Beschäftigung im Straßentransport.....	54
Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		55
§ 22	Bußgeldvorschriften	55

§ 23	Strafvorschriften	55
Achter Abschnitt – Schlussvorschriften		55
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	55
§ 25	Übergangsvorschriften für Tarifverträge	55

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	58
§ 612	Vergütung	58
§ 612a	Maßregelungsverbot	58

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		60
§ 1	Geltungsbereich	60
§ 2	Kind, Jugendlicher	60
§ 3	Arbeitgeber	60
§ 4	Arbeitszeit	60
Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern		60
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern	60
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	61
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	62
Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher		62
Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit		62
§ 8	Dauer der Arbeitszeit	62
§ 9	Berufsschule	62
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	63
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	63
§ 12	Schichtzeit	63
§ 13	Tägliche Freizeit	63
§ 14	Nachruhe	63
§ 15	Fünf-Tage-Woche	64
§ 16	Samstagsruhe	64
§ 17	Sonntagsruhe	65
§ 18	Feiertagsruhe	65
§ 19	Urlaub	65
§ 20	Binnenschifffahrt	66
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	66
§ 21a	Abweichende Regelungen	67
§ 21b	Ermächtigung	67
Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen		67
§ 22	Gefährliche Arbeiten	67
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten	68
§ 24	Arbeiten unter Tage	68
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen	69
§ 26	Ermächtigungen	69
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen	69
Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers		70
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit	70
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	70
§ 29	Unterweisung über Gefahren	70
§ 30	Häusliche Gemeinschaft	71
§ 31	Züchtigungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	71

Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung.....	71
§ 32 Erstuntersuchung.....	71
§ 33 Erste Nachuntersuchung.....	71
§ 34 Weitere Nachuntersuchungen.....	72
§ 35 Außerordentliche Nachuntersuchung.....	72
§ 36 Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers.....	72
§ 37 Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen.....	72
§ 38 Ergänzungsuntersuchung.....	72
§ 39 Mitteilung, Bescheinigung.....	72
§ 40 Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk.....	73
§ 41 Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen.....	73
§ 42 Eingreifen der Aufsichtsbehörde.....	73
§ 43 Freistellung für Untersuchungen.....	73
§ 44 Kosten der Untersuchungen.....	73
§ 45 Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte.....	73
§ 46 Ermächtigungen.....	73
Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes.....	74
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse.....	74
§ 47 Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde.....	74
§ 48 Aushang über Arbeitszeit und Pausen.....	74
§ 49 Verzeichnisse der Jugendlichen.....	74
§ 50 Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse.....	74
Zweiter Titel – Aufsicht.....	75
§ 51 Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht.....	75
§ 52 (weggefallen).....	75
§ 53 Mitteilung über Verstöße.....	75
§ 54 Ausnahmegewilligungen.....	75
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz.....	75
§ 55 Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz.....	75
§ 56 Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde.....	76
§ 57 Aufgaben der Ausschüsse.....	76
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften.....	77
§ 58 Bußgeld- und Strafvorschriften.....	77
§ 59 Bußgeldvorschriften.....	79
§ 60 Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.....	79
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften.....	79
§ 61 Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen.....	79
§ 62 Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung.....	80
§§ 63–70 (weggefallen).....	80
§ 71 (aufgehoben).....	80
§ 72 Inkrafttreten.....	80

Ladenschlussgesetz – LadSchlG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen.....	82
§ 1 Verkaufsstellen.....	82
§ 2 Begriffsbestimmungen.....	82
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten.....	82
§ 3 Allgemeine Ladenschlusszeiten.....	82
§ 4 Apotheken.....	82
§ 5 Zeitungen und Zeitschriften.....	82
§ 6 Tankstellen.....	83

§ 7	(weggefallen)	83
§ 8	Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen	83
§ 9	Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen	83
§ 10	Kur- und Erholungsorte	84
§ 11	Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen	84
§ 12	Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen	84
§ 13	(weggefallen)	84
§ 14	Weitere Verkaufssonntage	84
§ 15	Sonntagsverkauf am 24. Dezember	85
§ 16	(weggefallen)	85
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer		85
§ 17	Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen	85
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbezeige und für den Marktverkehr		86
§§ 18 und 18a	(weggefallen)	86
§ 19	Marktverkehr	86
§ 20	Sonstiges gewerbliches Feilhalten	86
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		87
§ 21	Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse	87
§ 22	Aufsicht und Auskunft	87
§ 23	Ausnahmen im öffentlichen Interesse	87
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten		88
§ 24	Ordnungswidrigkeiten	88
§ 25	Straftaten	88
§ 26	(weggefallen)	88
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen		89
§ 27	Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	89
§ 28	Bestimmung der zuständigen Behörden	89
§§ 29 und 30	(weggefallen)	89
§ 31	(Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	89

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften		92
§ 1	Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes	92
§ 2	Begriffsbestimmungen	92
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz		93
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz		93
§ 3	Schutzfristen vor und nach der Entbindung	93
§ 4	Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit	94
§ 5	Verbot der Nachtarbeit	94
§ 6	Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit	95
§ 7	Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	95
§ 8	Beschränkung von Heimarbeit	95
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz		96
§ 9	Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung	96
§ 10	Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen	97
§ 11	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen	97
§ 12	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen	99
§ 13	Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot	100
§ 14	Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber	101
§ 15	Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen	101

Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz	101
§ 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot.....	101
Abschnitt 3 – Kündigungsschutz	101
§ 17 Kündigungsverbot	101
Abschnitt 4 – Leistungen.....	102
§ 18 Mutterschutzlohn	102
§ 19 Mutterschaftsgeld	102
§ 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	103
§ 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts	103
§ 22 Leistungen während der Elternzeit	104
§ 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	104
§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten.....	104
§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots.....	104
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes.....	104
§ 26 Aushang des Gesetzes	104
§ 27 Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen	104
§ 28 Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr.....	105
§ 29 Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht.....	106
§ 30 Ausschuss für Mutterschutz.....	107
§ 31 Erlass von Rechtsverordnungen	108
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften	108
§ 32 Bußgeldvorschriften.....	108
§ 33 Strafvorschriften.....	109
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften	109
§ 34 Evaluationsbericht	109

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften	112
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich	112
§ 2 Begriffsbestimmungen	112
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers	112
§ 3 Grundpflichten des Arbeitgebers	112
§ 4 Allgemeine Grundsätze.....	113
§ 5 Beurteilung der Arbeitsbedingungen	113
§ 6 Dokumentation.....	113
§ 7 Übertragung von Aufgaben.....	114
§ 8 Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber	114
§ 9 Besondere Gefahren.....	114
§ 10 Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	114
§ 11 Arbeitsmedizinische Vorsorge	115
§ 12 Unterweisung.....	115
§ 13 Verantwortliche Personen	115
§ 14 Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	116
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten	116
§ 15 Pflichten der Beschäftigten	116
§ 16 Besondere Unterstützungspflichten	116
§ 17 Rechte der Beschäftigten	116
Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen.....	117
§ 18 Verordnungsermächtigungen.....	117
§ 19 Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen.....	117

§ 20	Regelungen für den öffentlichen Dienst.....	118
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie		118
§ 20a	Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	118
§ 20b	Nationale Arbeitsschutzkonferenz.....	119
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften		119
§ 21	Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung.....	119
§ 22	Befugnisse der zuständigen Behörden	121
§ 23	Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle.....	122
§ 24	Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	123
§ 24a	Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit.....	123
§ 25	Bußgeldvorschriften.....	124
§ 26	Strafvorschriften.....	124

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1	Ziel, Anwendungsbereich	128
§ 2	Begriffsbestimmungen	128
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	130
§ 3a	Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	130
§ 4	Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten.....	131
§ 5	Nichtraucherschutz.....	131
§ 6	Unterweisung der Beschäftigten.....	132
§ 7	Ausschuss für Arbeitsstätten	132
§ 8	Übergangsvorschriften.....	133
§ 9	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	133
Anhang	134

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen		150
§ 1	Anwendungsbereich und Zielsetzung.....	150
§ 2	Begriffsbestimmungen	150
Abschnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen		151
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	151
§ 4	Grundpflichten des Arbeitgebers	153
§ 5	Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel	154
§ 6	Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	155
§ 7	Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	155
§ 8	Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen	156
§ 9	Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	157
§ 10	Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln.....	158
§ 11	Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle.....	159
§ 12	Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten	160
§ 13	Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber	161
§ 14	Prüfung von Arbeitsmitteln	161
Abschnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen.....		162
§ 15	Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen	162
§ 16	Wiederkehrende Prüfung.....	163
§ 17	Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....	163
§ 18	Erlaubnispflicht	164
Abschnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit.....		166
§ 19	Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	166
§ 20	Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	167
§ 21	Ausschuss für Betriebssicherheit	167

Abchnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften	168
§ 22 Ordnungswidrigkeiten	168
§ 23 Straftaten	170
§ 24 Übergangsvorschriften	170

Bundesdatenschutzgesetz – BDSG

Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	174
--	-----

Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	174
§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes	174
§ 2 Begriffsbestimmungen	175

Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	175
§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	175
§ 4 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	175

Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen	176
§ 5 Benennung	176
§ 6 Stellung	176
§ 7 Aufgaben	177

Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	178
§ 8 Errichtung	178
§ 9 Zuständigkeit	178
§ 10 Unabhängigkeit	178
§ 11 Ernennung und Amtszeit	178
§ 12 Amtsverhältnis	179
§ 13 Rechte und Pflichten	180
§ 14 Aufgaben	181
§ 15 Tätigkeitsbericht	182
§ 16 Befugnisse	182

Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	183
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	183
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder	184
§ 19 Zuständigkeiten	184

Kapitel 6 – Rechtsbehelfe	185
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz	185
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	185

Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679	186
---	-----

Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	186
---	-----

Abchnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken	186
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	186
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen	187
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen	188
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	188

Abchnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen	189
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	189
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	190
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	191

§ 29	Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	191
§ 30	Verbraucherkredite	192
§ 31	Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	192
Kapitel 2	– Rechte der betroffenen Person	193
§ 32	Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person	193
§ 33	Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	194
§ 34	Auskunftsrecht der betroffenen Person	195
§ 35	Recht auf Löschung	195
§ 36	Widerspruchsrecht	196
§ 37	Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling	196
Kapitel 3	– Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter	196
§ 38	Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen	196
§ 39	Akkreditierung	197
Kapitel 4	– Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen	197
§ 40	Aufsichtsbehörden der Länder	197
Kapitel 5	– Sanktionen	198
§ 41	Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	198
§ 42	Strafvorschriften	198
§ 43	Bußgeldvorschriften	199
Kapitel 6	– Rechtsbehelfe	199
§ 44	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	199
Teil 3	– Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680	199
Kapitel 1	– Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	199
§ 45	Anwendungsbereich	199
§ 46	Begriffsbestimmungen	200
§ 47	Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	202
Kapitel 2	– Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	202
§ 48	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	202
§ 49	Verarbeitung zu anderen Zwecken	202
§ 50	Verarbeitung zu archivarischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken	203
§ 51	Einwilligung	203
§ 52	Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	203
§ 53	Datengeheimnis	203
§ 54	Automatisierte Einzelentscheidung	203
Kapitel 3	– Rechte der betroffenen Person	204
§ 55	Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	204
§ 56	Benachrichtigung betroffener Personen	204
§ 57	Auskunftsrecht	204
§ 58	Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung	206
§ 59	Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	207
§ 60	Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	207
§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	207
Kapitel 4	– Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter	208
§ 62	Auftragsverarbeitung	208
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	209

§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	209
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	210
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	211
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	212
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	212
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	212
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	213
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	214
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen	214
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	215
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	215
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	215
§ 76	Protokollierung	215
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	216
Kapitel 5	– Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen	216
§ 78	Allgemeine Voraussetzungen	216
§ 79	Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	217
§ 80	Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	217
§ 81	Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	218
Kapitel 6	– Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	218
§ 82	Gegenseitige Amtshilfe	218
Kapitel 7	– Haftung und Sanktionen	219
§ 83	Schadensersatz und Entschädigung	219
§ 84	Strafvorschriften	219
Teil 4	– Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	219
§ 85	Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	219
§ 86	Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen	220

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1	– Elterngeld	222
§ 1	Berechtigte	222
§ 2	Höhe des Elterngeldes	223
§ 2a	Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag	224
§ 2b	Bemessungszeitraum	225
§ 2c	Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit	226
§ 2d	Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	226
§ 2e	Abzüge für Steuern	227
§ 2f	Abzüge für Sozialabgaben	228
§ 3	Anrechnung von anderen Einnahmen	228
§ 4	Bezugsdauer, Anspruchsumfang	229
§ 4a	Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus	231
§ 4b	Partnerschaftsbonus	231
§ 4c	Alleiniger Bezug durch einen Elternteil	231
§ 4d	Weitere Berechtigte	232
Abschnitt 2	– Verfahren und Organisation	232
§ 5	Zusammentreffen von Ansprüchen	232
§ 6	Auszahlung	232
§ 7	Antragstellung	232
§ 8	Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen	233

§ 9	Einkommens- und Arbeitszeitznachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers	233
§ 10	Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	234
§ 11	Unterhaltungspflichten	234
§ 12	Zuständigkeit; Bewirtschaftung der Mittel	235
§ 13	Rechtsweg	235
§ 14	Bußgeldvorschriften.....	235
Abschnitt 3 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		235
§ 15	Anspruch auf Elternzeit	235
§ 16	Inanspruchnahme der Elternzeit.....	237
§ 17	Urlaub.....	238
§ 18	Kündigungsschutz.....	238
§ 19	Kündigung zum Ende der Elternzeit	239
§ 20	Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte.....	239
§ 21	Befristete Arbeitsverträge.....	239
Abschnitt 4 – Statistik und Schlussvorschriften		240
§ 22	Bundesstatistik	240
§ 23	Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	241
§ 24	Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt.....	241
§ 24a	Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	241
§ 24b	Elektronische Unterstützung bei der Antragstellung	242
§ 25	Datenübermittlung durch Landesämter	242
§ 26	Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	242
§ 27	Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie	242
§ 28	Übergangsvorschrift.....	243

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1	Urlaubsanspruch	246
§ 2	Geltungsbereich	246
§ 3	Dauer des Urlaubs	246
§ 4	Wartezeit.....	246
§ 5	Teilurlaub	246
§ 6	Ausschluß von Doppelansprüchen	246
§ 7	Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs	246
§ 8	Erwerbstätigkeit während des Urlaubs.....	247
§ 9	Erkrankung während des Urlaubs.....	247
§ 10	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	247
§ 11	Urlaubsentgelt	247
§ 12	Urlaub im Bereich der Heimarbeit	247
§ 13	Unabdingbarkeit.....	248
§ 14	Berlin-Klausel	248
§ 15	Änderung und Aufhebung von Gesetzen	249
§ 15a	Übergangsvorschrift.....	249
§ 16	Inkrafttreten	249

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntFG

§ 1	Anwendungsbereich	252
§ 2	Entgeltzahlung an Feiertagen	252
§ 3	Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	252
§ 3a	Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen.....	252
§ 4	Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	253
§ 4a	Kürzung von Sondervergütungen	253
§ 5	Anzeige- und Nachweispflichten	254

§ 6	Forderungsübergang bei Dritthaftung	254
§ 7	Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	255
§ 8	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	255
§ 9	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation.....	255
§ 10	Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit.....	255
§ 11	Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	256
§ 12	Unabdingbarkeit.....	257
§ 13	Übergangsvorschrift.....	257

Familienpflegezeitgesetz – FPfZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	260
§ 2	Familienpflegezeit	260
§ 2a	Inanspruchnahme der Familienpflegezeit.....	260
§ 2b	Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	261
§ 3	Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung	261
§ 4	Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	262
§ 5	Ende der Förderfähigkeit	262
§ 6	Rückzahlung des Darlehens.....	263
§ 7	Härtefallregelung.....	263
§ 8	Antrag auf Förderung.....	264
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise.....	264
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	265
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	265
§ 12	Bußgeldvorschriften.....	265
§ 13	Aufbringung der Mittel	265
§ 14	Beirat.....	265
§ 15	Übergangsvorschrift.....	266
§ 16	Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	266

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	270
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich	270
§ 2 Begriffsbestimmungen	270
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation	273
§ 3 Gefahrenklassen	273
§ 4 Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung.....	274
§ 5 Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten.....	275
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten	275
§ 6 Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung.....	275
§ 7 Grundpflichten.....	279
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	280
§ 8 Allgemeine Schutzmaßnahmen	280
§ 9 Zusätzliche Schutzmaßnahmen.....	282
§ 10 Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen und reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A und 1B	283
§ 11 Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	284
§ 12 (weggefallen)	284
§ 13 Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	284
§ 14 Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	285
§ 15 Zusammenarbeit verschiedener Firmen	287

Abschnitt 4a – Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten einschließlich der Begasung sowie an Begasungen mit Pflanzenschutzmitteln	287
§ 15a Verwendungsbeschränkungen.....	287
§ 15b Allgemeine Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten	288
§ 15c Besondere Anforderungen an die Verwendung bestimmter Biozid-Produkte	288
§ 15d Besondere Anforderungen bei Begasungen	289
§ 15e Ergänzende Dokumentationspflichten	290
§ 15f Anforderungen an den Umgang mit Transporteinheiten.....	290
§ 15g Besondere Anforderungen an Begasungen auf Schiffen.....	291
§ 15h Ausnahmen von Abschnitt 4a	291
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen	292
§ 16 Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	292
§ 17 Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	292
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe	292
§ 18 Unterrichtung der Behörde.....	292
§ 19 Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse.....	293
§ 19a Anerkennung ausländischer Qualifikationen	294
§ 20 Ausschuss für Gefahrstoffe	294
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Übergangsvorschriften	295
§ 21 Chemikaliengesetz – Anzeigen	295
§ 22 Chemikaliengesetz – Tätigkeiten.....	295
§ 23 (weggefallen)	297
§ 24 Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	297
§ 25 Übergangsvorschrift.....	298

Geschäftsgeheimnisschutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines	300
§ 1 Anwendungsbereich	300
§ 2 Begriffsbestimmungen	300
§ 3 Erlaubte Handlungen	300
§ 4 Handlungsverbote.....	301
§ 5 Ausnahmen	301
Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen	301
§ 6 Beseitigung und Unterlassung.....	301
§ 7 Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	302
§ 8 Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht	302
§ 9 Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	302
§ 10 Haftung des Rechtsverletzers	302
§ 11 Abfindung in Geld.....	303
§ 12 Haftung des Inhabers eines Unternehmens	303
§ 13 Herausgabebanspruch nach Eintritt der Verjährung	303
§ 14 Missbrauchsverbot	303
Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen	303
§ 15 Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung.....	303
§ 16 Geheimhaltung.....	304
§ 17 Ordnungsmittel.....	304
§ 18 Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens	304
§ 19 Weitere gerichtliche Beschränkungen.....	304
§ 20 Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19.....	305
§ 21 Bekanntmachung des Urteils.....	305
§ 22 Streitwertbegünstigung.....	306

Abschnitt 4 – Strafvorschriften	306
§ 23 Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	306

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1 Beschäftigungsverbot	310
§ 2 Zulässige Beschäftigungen	310
§ 3 Behördliche Befugnisse	310
§ 4 Inkrafttreten	310

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz	312
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	312
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung	313
§ 2 Änderungskündigung	313
§ 3 Kündigungseinspruch	313
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	313
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	314
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist	314
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung	314
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	314
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	314
§ 10 Höhe der Abfindung	315
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	315
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	315
§ 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	315
§ 14 Angestellte in leitender Stellung	316
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung	316
§ 15 Unzulässigkeit der Kündigung	316
§ 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	317
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen	318
§ 17 Anzeigepflicht	318
§ 18 Entlassungssperre	319
§ 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit	319
§ 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit	319
§ 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit	320
§ 22 Ausnahmebetriebe	320
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen	320
§ 23 Geltungsbereich	320
§ 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs	320
§ 25 Kündigung in Arbeitskämpfen	321
§ 25a Berlin-Klausel	321
§ 26 Inkrafttreten	321

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abschnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns	324
Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns	324
§ 1 Mindestlohn	324
§ 2 Fälligkeit des Mindestlohns	324
§ 3 Unabdingbarkeit des Mindestlohns	324

Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission	324
§ 4 Aufgabe und Zusammensetzung	324
§ 5 Stimmberechtigte Mitglieder	325
§ 6 Vorsitz	325
§ 7 Beratende Mitglieder	325
§ 8 Rechtsstellung der Mitglieder	325
§ 9 Beschluss der Mindestlohnkommission	326
§ 10 Verfahren der Mindestlohnkommission	326
§ 11 Rechtsverordnung	327
§ 12 Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft	327
Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung	327
§ 13 Haftung des Auftraggebers	327
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden	327
§ 14 Zuständigkeit	327
§ 15 Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	327
§ 16 Meldepflicht	327
§ 17 Erstellen und Bereithalten von Dokumenten	329
§ 18 Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden	329
§ 19 Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge	330
§ 20 Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns	330
§ 21 Bußgeldvorschriften	330
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften	331
§ 22 Persönlicher Anwendungsbereich	331
§ 23 Evaluation	332
§ 24 Übergangsregelung	332

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1 Anwendungsbereich	334
§ 2 Nachweispflicht	334
§ 3 Änderung der Angaben	336
§ 4 Bußgeldvorschriften	336
§ 5 Übergangsvorschrift	336
§ 6 Unabdingbarkeit	336

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1 Ziel des Gesetzes	338
§ 2 Kurzzeitige Arbeitsverhinderung	338
§ 3 Pflegezeit und sonstige Freistellungen	338
§ 4 Dauer der Inanspruchnahme	339
§ 4a Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonder- regelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie	340
§ 5 Kündigungsschutz	340
§ 6 Befristete Verträge	340
§ 7 Begriffsbestimmungen	341
§ 8 Unabdingbarkeit	341
§ 9 Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie	341

Siebttes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug) – SGB VII

Erstes Kapitel – Aufgaben, versicherter Personenkreis, Versicherungsfall	344
Erster Abschnitt – Aufgaben der Unfallversicherung	344
§ 1 Prävention, Rehabilitation, Entschädigung	344

Zweiter Abschnitt – Versicherter Personenkreis	344
§ 2 Versicherung kraft Gesetzes	344
§ 3 Versicherung kraft Satzung	347
§ 4 Versicherungsfreiheit	348
§ 6 Freiwillige Versicherung	349
Dritter Abschnitt – Versicherungsfall	349
§ 7 Begriff	349
§ 8 Arbeitsunfall	349
§ 9 Berufskrankheit	350
§ 11 Mittelbare Folgen eines Versicherungsfalls	353
§ 12 Versicherungsfall einer Leibesfrucht	353
§ 12a Gesundheitsschaden im Zusammenhang mit der Spende von Blut oder körpereigenen Organen, Organteilen oder Gewebe	353
§ 13 Sachschäden bei Hilfeleistungen	353
Zweites Kapitel – Prävention	354
§ 14 Grundsatz	354
§ 15 Unfallverhütungsvorschriften	354
§ 16 Geltung bei Zuständigkeit anderer Unfallversicherungsträger und für ausländische Unternehmen	356
§ 17 Überwachung und Beratung	356
§ 18 Aufsichtspersonen	356
§ 19 Befugnisse der Aufsichtspersonen	356
§ 20 Zusammenarbeit mit Dritten	357
§ 21 Verantwortung des Unternehmers, Mitwirkung der Versicherten	359
§ 22 Sicherheitsbeauftragte	359
§ 23 Aus- und Fortbildung	359
§ 24 Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst	360
Drittes Kapitel – Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalls	360
Erster Abschnitt – Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen, Pflege, Geldleistungen	360
Erster Unterabschnitt – Anspruch und Leistungsarten	360
§ 26 Grundsatz	360
Zweiter Unterabschnitt – Heilbehandlung	361
§ 27 Umfang der Heilbehandlung	361
§ 28 Ärztliche und zahnärztliche Behandlung	361
§ 29 Arznei- und Verbandmittel	362
§ 30 Heilmittel	362
§ 31 Hilfsmittel	362
§ 32 Häusliche Krankenpflege	362
§ 33 Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen	363
§ 34 Durchführung der Heilbehandlung	363
Dritter Unterabschnitt – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	364
§ 35 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	364
Vierter Unterabschnitt – Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	364
§ 39 Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	364
§ 40 Kraftfahrzeughilfe	364
§ 41 Wohnungshilfe	365
§ 42 Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten	365
§ 43 Reisekosten	365
Fünfter Unterabschnitt – Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	365
§ 44 Pflege	365

Sechster Unterabschnitt – Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	366
§ 45 Voraussetzungen für das Verletztengeld	366
§ 46 Beginn und Ende des Verletztengeldes	367
§ 47 Höhe des Verletztengeldes	367
§ 47a Beitragszahlung der Unfallversicherungsträger an berufsständische Versorgungseinrichtungen und private Krankenversicherungen	368
§ 48 Verletztengeld bei Wiedererkrankung	369
§ 49 Übergangsgeld	369
§ 50 Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes	369
§ 52 Anrechnung von Einkommen auf Verletzten- und Übergangsgeld	369
Zweiter Abschnitt – Renten, Beihilfen, Abfindungen	369
Erster Unterabschnitt – Renten an Versicherte	369
§ 56 Voraussetzungen und Höhe des Rentenanspruchs	369
§ 57 Erhöhung der Rente bei Schwerverletzten	370
§ 58 Erhöhung der Rente bei Arbeitslosigkeit	370
§ 59 Höchstbetrag bei mehreren Renten	370
§ 60 Minderung bei Heimpflege	370
§ 62 Rente als vorläufige Entschädigung	371
Dritter Unterabschnitt – Beginn, Änderung und Ende von Renten	371
§ 72 Beginn von Renten	371
§ 73 Änderungen und Ende von Renten	371
§ 74 Ausnahmeregelungen für die Änderung von Renten	372
Vierter Unterabschnitt – Abfindung	372
§ 75 Abfindung mit einer Gesamtvergütung	372
§ 76 Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 40 vom Hundert	372
§ 77 Wiederaufleben der abgefundenen Rente	372
§ 78 Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 40 vom Hundert	372
§ 79 Umfang der Abfindung	373
§ 80 Abfindung bei Wiederheirat	373
Dritter Abschnitt – Jahresarbeitsverdienst	373
Erster Unterabschnitt – Allgemeines	373
§ 81 Jahresarbeitsverdienst als Berechnungsgrundlage	373
Zweiter Unterabschnitt – Erstmalige Festsetzung	374
§ 82 Regelberechnung	374
§ 83 Jahresarbeitsverdienst kraft Satzung	374
§ 84 Jahresarbeitsverdienst bei Berufskrankheiten	374
§ 85 Mindest- und Höchstjahresarbeitsverdienst	374
§ 87 Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen	375
§ 88 Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes für Hinterbliebene	375
§ 89 Berücksichtigung von Anpassungen	375
Dritter Unterabschnitt – Neufestsetzung	375
§ 90 Neufestsetzung nach Altersstufen	375
§ 91 Neufestsetzung nach Schul- oder Berufsausbildung	376
Vierter Abschnitt – Mehrleistungen	376
§ 94 Mehrleistungen	376
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften für Leistungen	377
§ 95 Anpassung von Geldleistungen	377
§ 96 Fälligkeit, Auszahlung und Berechnungsgrundsätze	377
§ 97 Leistungen ins Ausland	378

§ 98	Anrechnung anderer Leistungen.....	378
§ 101	Ausschluß oder Minderung von Leistungen.....	379
§ 102	Schriftform.....	379
§ 103	Zwischennachricht, Unfalluntersuchung.....	379
Viertes Kapitel – Haftung von Unternehmern, Unternehmensangehörigen und anderen Personen		379
Erster Abschnitt – Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen.....		379
§ 104	Beschränkung der Haftung der Unternehmer.....	379
§ 105	Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen	380
§ 106	Beschränkung der Haftung anderer Personen	380
§ 108	Bindung der Gerichte.....	380
§ 109	Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen	380
Zweiter Abschnitt – Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern.....		381
§ 110	Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	381
§ 111	Haftung des Unternehmens	381
§ 112	Bindung der Gerichte.....	381
§ 113	Verjährung	381
Fünftes Kapitel – Organisation		382
Erster Abschnitt – Unfallversicherungsträger		382
§ 114	Unfallversicherungsträger	382
Vierter Unterabschnitt – Gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit.....		382
§ 130	Örtliche Zuständigkeit.....	382
§ 131	Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen	383
§ 132	Zuständigkeit für Unfallversicherungsträger.....	383
§ 133	Zuständigkeit für Versicherte	383
§ 134	Zuständigkeit bei Berufskrankheiten	383
§ 135	Versicherung nach mehreren Vorschriften.....	384
§ 136	Bescheid über die Zuständigkeit, Begriff des Unternehmers	385
§ 137	Wirkung von Zuständigkeitsänderungen.....	386
§ 138	Unterrichtung der Versicherten	386
§ 139	Vorläufige Zuständigkeit.....	386
§ 139a	Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland	386
Dritter Abschnitt – Weitere Versicherungseinrichtungen		387
§ 140	Haftpflcht- und Auslandsversicherung	387
§ 141	Träger der Versicherungseinrichtungen, Aufsicht.....	387
Sechstes Kapitel – Aufbringung der Mittel.....		387
Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....		387
Erster Unterabschnitt – Beitragspflicht		387
§ 150	Beitragspflichtige	387
§ 151	Beitragserhebung bei überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Diensten	388
Zweiter Abschnitt – Beziehungen der Unfallversicherungsträger zu Dritten		388
§ 191	Unterstützungspflicht der Unternehmer.....	388
§ 192	Mitteilungs- und Auskunftspflichten von Unternehmern und Bauherren	388
§ 193	Pflicht zur Anzeige eines Versicherungsfalls durch die Unternehmer.....	389
§ 195	Unterstützungs- und Mitteilungspflichten von Kammern und der für die Erteilung einer Gewerbe- oder Bauerlaubnis zuständigen Behörden.....	390

Achtes Kapitel – Datenschutz	391
Erster Abschnitt – Grundsätze	391
§ 199 Verarbeitung von Daten durch die Unfallversicherungsträger.....	391
§ 200 Einschränkung der Übermittlungsbefugnis.....	391
Zweiter Abschnitt – Datenverarbeitung durch Ärzte.....	391
§ 201 Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Daten durch Ärzte und Psychotherapeuten.....	391
§ 202 Anzeigepflicht von Ärzten bei Berufskrankheiten.....	392
§ 203 Auskunftspflicht von Ärzten.....	392
Vierter Abschnitt – Sonstige Vorschriften.....	392
§ 206 Verarbeitung von Daten für die Forschung zur Bekämpfung von Berufskrankheiten	392
§ 207 Verarbeitung von Daten zur Verhütung von Versicherungsfällen und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren	393
Neuntes Kapitel – Bußgeldvorschriften	393
§ 209 Bußgeldvorschriften.....	393
§ 210 Zuständige Verwaltungsbehörde	394
§ 211 Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.....	394
Zehntes Kapitel – Übergangsrecht	395
§ 219a Altersrückstellungen	395

Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX

Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen.....	398
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften	398
§ 2 Begriffsbestimmungen	398
Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	398
§ 49 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung	398
§ 50 Leistungen an Arbeitgeber	400
§ 51 Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation	401
§ 52 Rechtsstellung der Teilnehmenden	401
§ 53 Dauer von Leistungen.....	401
§ 54 Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit.....	402
§ 55 Unterstützte Beschäftigung.....	402
§ 56 Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen.....	403
§ 57 Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich.....	403
§ 58 Leistungen im Arbeitsbereich.....	404
§ 60 Andere Leistungsanbieter	405
§ 61 Budget für Arbeit	405
§ 61a Budget für Ausbildung	406
§ 62 Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen.....	406
§ 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen	406
Kapitel 11 – Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen	407
§ 64 Ergänzende Leistungen	407
§ 65 Leistungen zum Lebensunterhalt	408
§ 66 Höhe und Berechnung des Übergangsgelds.....	409
§ 67 Berechnung des Regelentgelts	409
§ 68 Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	410
§ 69 Kontinuität der Bemessungsgrundlage	410
§ 70 Anpassung der Entgeltersatzleistungen	411
§ 71 Weiterzahlung der Leistungen	411
§ 72 Einkommensanrechnung	412

Teil 2 – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht).....	412
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften	412
§ 97 Fachkräfte.....	412
Kapitel 4 – Teilhabe am Arbeitsleben	413
§ 111 Leistungen zur Beschäftigung.....	413
Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)	413
Kapitel 1 – Geschützter Personenkreis.....	413
§ 151 Geltungsbereich	413
Kapitel 2 – Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber	414
§ 154 Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.....	414
§ 155 Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	414
§ 156 Begriff des Arbeitsplatzes.....	415
§ 157 Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl	415
§ 158 Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen.....	415
§ 159 Mehrfachanrechnung	416
§ 160 Ausgleichsabgabe	416
§ 161 Ausgleichsfonds	418
§ 162 Verordnungsermächtigungen.....	418
Kapitel 3 – Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen	419
§ 163 Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	419
§ 164 Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	420
§ 165 Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber.....	421
§ 166 Inklusionsvereinbarung	421
§ 167 Prävention.....	422
Kapitel 4 – Kündigungsschutz	422
§ 168 Erfordernis der Zustimmung	422
§ 169 Kündigungsfrist	422
§ 170 Antragsverfahren.....	422
§ 171 Entscheidung des Integrationsamtes	422
§ 172 Einschränkungen der Ermessensentscheidung	423
§ 173 Ausnahmen	423
§ 174 Außerordentliche Kündigung	424
§ 175 Erweiterter Beendigungsschutz	424
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	425
§ 176 Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	425
§ 178 Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung.....	425
§ 181 Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	426
§ 182 Zusammenarbeit.....	426
Kapitel 6 – Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen.....	427
§ 185a Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	427
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste	427
§ 192 Begriff und Personenkreis	427
§ 193 Aufgaben.....	428
Kapitel 8 – Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen	429
§ 199 Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	429
§ 200 Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen	429

Kapitel 10 – Sonstige Vorschriften	429
§ 205 Vorrang der schwerbehinderten Menschen	429
§ 206 Arbeitsentgelt und Dienstbezüge	429
§ 207 Mehrarbeit	430
§ 208 Zusatzurlaub	430
§ 209 Nachteilsausgleich	430
§ 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit	430
Kapitel 11 – Inklusionsbetriebe	431
§ 215 Begriff und Personenkreis	431
§ 216 Aufgaben	432
Kapitel 12 – Werkstätten für behinderte Menschen	432
§ 223 Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe	432
Kapitel 14 – Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften	432
§ 237a Strafvorschriften	432
§ 237b Strafvorschriften	432
§ 238 Bußgeldvorschriften	433
§ 241 Übergangsregelung	433

Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB

Besonderer Teil	438
Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	438
§ 131 Gewaltdarstellung	438
Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung	438
§ 164 Falsche Verdächtigung	438
Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	438
§ 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen	438
§ 177 Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung	439
§ 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	440
§ 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen	441
§ 184i Sexuelle Belästigung	441
§ 184k Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen	441
Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung	442
§ 185 Beleidigung	442
§ 186 Üble Nachrede	442
§ 187 Verleumdung	442
Fünfzehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	442
§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	442
§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen	443
Siebzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	444
§ 223 Körperverletzung	444
§ 224 Gefährliche Körperverletzung	444
§ 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen	444
Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit	444
§ 238 Nachstellung	444
§ 240 Nötigung	445
§ 241 Bedrohung	446

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz	448
§ 1 Zielsetzung	448
§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....	448
§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	448
§ 4 Verbot der Diskriminierung.....	448
§ 5 Benachteiligungsverbot	449
Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	449
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....	449
§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze	449
§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	449
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit	450
§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit	450
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	451
§ 11 Kündigungsverbot	451
§ 12 Arbeit auf Abruf	452
§ 13 Arbeitsplatzteilung	452
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge	453
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	453
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	454
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	454
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	454
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	454
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	455
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	455
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge	455
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften	455
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	455
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	455

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1	458
§ 2 (aufgehoben)	458
§ 3	458

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1 Ziel und Anwendungsbereich	460
§ 2 Begriffsbestimmungen	460
§ 3 Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers.....	460
§ 4 Pflichtvorsorge.....	461
§ 5 Angebotsvorsorge	461
§ 5a Wunschvorsorge.....	461
§ 6 Pflichten des Arztes oder der Ärztin.....	462
§ 7 Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin	462
§ 8 Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	463
§ 9 Ausschuss für Arbeitsmedizin	463
§ 10 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	464